

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Samstag, 29. August 2026 · Nr. 199 · 247. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 6.50

Das Fundament bröckelt

Die grösste Schwachstelle des globalen Finanzsystems ist künftig der Markt für amerikanische Staatspapiere. Turbulenzen bei den angeblich risikolosen Wertschriften könnten eine neue Finanzkrise auslösen. Von Markus Städeli

Scott Bessent ist ein Glücksfall für die Regierung Trump, deren Vertreter sich nicht immer durch Weitsicht auszeichnen. Der US-Finanzminister und frühere Hedge-Fund-Manager versteht à fond, wie die Investoren ticken. Und auf die Gunst ihrer Gläubiger sind die USA zunehmend angewiesen. Mit ihren 40 Billionen Dollar Schulden stehen sie tief in der Kreide.

Weder Demokraten noch Republikaner unternehmen noch ernsthafte Versuche, das ungewöhnlich hohe Loch im Staatshaushalt zu stopfen. Das Defizit beträgt rund 6 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Ein so grosser Fehlbetrag wäre allenfalls erklärbar, würden die USA in einer tiefen Rezession stecken, gäbe es einen Weltkrieg oder eine Pandemie. Doch bekanntlich läuft die amerikanische Wirtschaft auf vollen Touren. Woher kommt diese bemerkenswerte Sorglosigkeit? Die Demokraten glauben noch immer an die süssigen Verheissungen der Modern Monetary Theory. Sie besagt, dass Länder wie die USA, die sich in ihrer eigenen Währung verschulden, ungestraft und mit beiden Händen Geld ausgeben können. Man braucht ja bloss die Notenpresse anzuwerfen.

Die regierenden Republikaner wiederum bauen darauf, dass KI und die Deregulierung der Wirtschaft zu einem beispiellosen Wirtschaftsboom führen, der die Höhe des Schuldenbergs relativiert. Womöglich erwartet auch Bessent ein Wirtschaftswunder. Doch bis sich dieses einstellt, muss der Finanzminister den Investoren ein rasch wachsendes Überangebot an Staatsanleihen schmackhaft machen. Immer neue Schulden zu machen, kann nicht mehr lange gutgehen. Washington gibt bereits über 1 Billion Dollar pro Jahr für deren Bedienung aus.

Bessent kennt die Prioritäten seines Amtes. Er hat sich einmal als «America's top bond salesman» betitelt. Er muss einer zunehmend skeptischen Welt amerikanische Staatsanleihen verkaufen. Es steht viel auf dem Spiel: Treasuries bilden das Fundament des globalen Finanzsystems. Banken und Versicherungen halten sie in ihren Bilanzen als Finanzpolster. Bei Börsen oder Notenbanken werden diese Papiere als Sicherheiten hinterlegt. Un-

zählige Finanzinstrumente beziehen ihren Preis von US-Staatsanleihen. Namentlich die Konditionen von Hypotheken oder Firmenkrediten hängen von den Renditen der Treasuries ab. Steigen diese, bezahlen plötzlich auch Länder wie Ägypten, Mexiko oder Pakistan höhere Zinsen. Gerät der Treasury-Markt in Schieflage, spürt man das also auf der ganzen Welt.

Jüngst hat Bessent sogar in die Trickkiste gegriffen, um die Renditen der Anleihen zu drücken: Er kündete an, doppelt so viele Staatspapiere mit langen Restlaufzeiten zurückzukaufen wie zuvor. Finanzieren will Bessent diese Transaktion mit kurzfristigen Schulden, die tiefere Coupons aufweisen. Diesen Schachzug haben die Anleger allerdings nicht goutiert. Die Investoren-legende Stanley Druckemiller wies Bessent in einem Gastbeitrag für das «Wall Street Journal» sogar öffentlich zurecht.

Hedge-Funds als Gläubiger

Trotzdem: Bessent, der mit allen Wassern gewaschene Finanzprofi, versteht besser als jeder andere Politiker, dass auch der wichtigste Bondmarkt der Welt, jener für Treasuries, nicht immun ist gegen Turbulenzen. Kommt es zu grösseren Verwerfungen bei US-Staatsanleihen, könnten diese sogar zur nächsten Finanzkrise führen. Die ohnehin schon in luftigen Höhen gehandelten Technologieaktien sähen noch viel teurer aus, würden die Renditen von Treasuries steigen. Denn jedes Bewertungsmodell der Wall Street hat dieselbe Grundannahme: Bei höheren Zinsen müssen die Aktienkurse sinken. Klettern die Zinsen zu rasch, kommt es häufig zu einem Börsencrash.

Herkömmliche Investoren wie etwa Pensionskassen geraten nicht in Bedrängnis, sollte es Kursschwankungen bei Staatsanleihen geben. Doch schon bei den Banken sieht das anders aus. Die Silicon Valley Bank zum Beispiel brach zusammen, weil sie die Einlagen ihrer Kunden in US-Staatsanleihen angelegt und sich unzureichend gegen Kursschwankungen abgesichert hatte. Als 2022 die Zinsen stark stiegen, verloren diese

Papiere massiv an Wert. Die Bank wollte sich in der Folge notfallmässig frisches Kapital besorgen. Doch als dies ruchbar wurde, brach Panik aus. Die Kunden zogen an einem einzigen Tag fast einen Viertel ihrer Einlagen ab.

So gefährlich können unerwartete Kursverluste bei Treasuries sein. Pikanterweise handelt es sich um einen Vermögenswert, der von vielen Investoren, Behörden und Regulatoren als «risikolos» eingestuft wird. Risikofrei waren US-Staatsanleihen selbstverständlich noch nie. Aber jetzt muss sich die Welt darauf einstellen, dass das Fundament ihres Finanzsystems instabiler wird als je zuvor.

Gefährlich ist, dass heute ausgerechnet Hedge-Funds zu den grössten Gläubigern Amerikas gehören. Sie halten mehr als 8 Prozent aller US-Staatsanleihen. Diese Investoren, die den Firmensitz an Orten wie den Cayman-Inseln haben, wetten auf kleinste Preisunterschiede zwischen Staatsanleihen und Zinsderivaten. Damit sich diese Strategie rechnet, setzen sie sehr viel Fremdkapital ein. Das vergrössert die Gewinne der Hedge-Funds, aber natürlich auch ihre potenziellen Verluste. Es braucht nicht viel Phantasie, um sich ein Szenario auszudenken, in dem das ein schlechtes Ende nimmt. Brechen die Kurse von Treasuries unerwartet ein, geraten die Hedge-Funds womöglich in einen Liquiditätsgengpass. Sie können das von ihren Kreditgebern geforderte Geld nicht nachschliessen. So lösen sie ihre Positionen auf und werfen die Staatsanleihen auf den Markt. Dieser Notverkauf würde den Kursverlust weiter beschleunigen, was dann vielleicht weitere Akteure in Bedrängnis brächte.

Kein Halt an Landesgrenzen

Kurz: Es gibt Dutzende von Möglichkeiten, wie eine Finanzkrise beginnen könnte, deren Epizentrum der Markt für amerikanische Staatsanleihen ist. Und an Landesgrenzen würde diese garantiert nicht haltmachen. Schon die Finanzkrise von 2008 und 2009 zeigte eindrücklich, wie die zu Anlageprodukten gebündelten Hypotheken aus den

USA traditionsreiche Finanzinstitute wie die UBS oder die Swiss Re an den Rand des Kollapses bringen konnten. Stark unter Druck gerieten damals auch die biedereren deutschen Landesbanken. Wer hätte gedacht, dass ausgerechnet diese regionalen Akteure so verheerend von einem Einbruch des amerikanischen Immobilienmarktes betroffen sein könnten.

Kurz darauf brach die europäische Schuldenkrise los, die um ein Haar dem Euro ein Ende bereitet hätte. So weite Kreise zog der Umstand, dass Banken in Cleveland, Detroit oder Memphis Hypotheken an Menschen vergeben hatten, die sich Wohneigentum gar nicht leisten konnten. Treasuries sind jedoch ungleich wichtiger als der amerikanische Immobilienmarkt. Bessent weiss um all diese Zusammenhänge. Deshalb versucht der Finanzminister das Unmögliche: den Investoren die erratische Wirtschaftspolitik seines Chefs zu erklären. Das Hüst und Hott in der Zollpolitik etwa oder die zunehmend aussichtslose Lage an der Meerenge von Hormuz. Bessents Interventionen im Markt für Treasuries sind vor allem etwas: ein Ausdruck von Ratlosigkeit, manche Beobachter sagen, Verzweiflung.

Schon Ende Juli wagte Bessent ein Manöver, das wohl keinem amerikanischen Finanzminister vor ihm eingefallen wäre: Er half Japan, den schwindstüchtigen Yen zu verteidigen. In der Finanzbranche war sofort allen klar, dass es sich dabei nicht um einen Akt amerikanischer Selbstlosigkeit handelte. Japan ist der grösste ausländische Gläubiger der USA. Ohne die Hilfe von Bessent wäre Tokio wohl gezwungen gewesen, in grossem Stil US-Staatsanleihen auf den Markt zu werfen, um seine Währung zu stützen. Dieser plötzliche Angebotsüberhang wiederum hätte die Renditen von Treasuries nach oben getrieben. Das wollte «America's top bond salesman» nicht hinnehmen.

Bessent ist wohl der am besten qualifizierte Finanzminister der Welt. Aber natürlich kann auch er nicht übers Wasser gehen. Wenn der US-Kongress und Bessents Chef, Donald Trump, die Staatsfinanzen nicht unter Kontrolle bringen, steht der einstige Hedge-Fund-Manager auf verlorenem Posten.

ANZEIGE

PRAGER DREIFUSS
ATTORNEYS AT LAW



Insurance & Reinsurance
www.prager-dreifuss.com

«Es gibt keinen Frieden durch Erzählungen»

Polens oberster Vertreter in Bern über die russische Bedrohung und warum Neutralität allein nicht schützt

sia. Marek Prawda war Botschafter in Stockholm, Berlin und Brüssel, seit diesem Jahr vertritt er sein Land in Bern. Die Schweiz fühle sich noch immer wie eine weit entfernte Insel, beobachtet der Diplomat. Doch angesichts heutiger Bedrohungen spiele die Distanz zu einem Aggressor wie Russland keine Rolle mehr: «Es gibt kein Reduit in der heutigen Welt – nur in den Köpfen gibt es vielleicht noch Reduits.»

Warschau habe seine historischen Erfahrungen mit Moskau gemacht. Für Polen sei die Antwort auf jegliche russische Aggression heute deshalb klar: Aufrüstung. «Es gibt keinen Frieden durch Erzählungen, sondern nur durch effik-

tive Abschreckung.» Denn es spiele keine Rolle, ob sich der Kreml provoziert fühle zu weiteren aggressiven Schritten. Er greife an, sobald sein Gegenüber schwach erscheine. «Einen konstruierten Vorwand findet er immer, um einen Angriff zu rechtfertigen», sagt Prawda im Gespräch mit der NZZ.

Zudem kann er die Schweizer EU-Skepsis nicht nachvollziehen. Brüssel sei keineswegs mehr jene «orthodoxe Regelfabrik», als die es hierzulande wahrgenommen werde. «Ich würde mir wünschen, dass die Schweiz die historische Chance nutzt, am Wandel der EU teilzunehmen.»

Schweiz, Seite 10, 11

Hagelsturm hinterlässt Verletzte

Unwetter richtet in der Schweiz grosse Schäden an

dfr. Ein Hagelsturm hat am Freitagvormittag im Grossraum Zürich schwere Schäden verursacht. Hunderte Notrufe gingen bei den Einsatzkräften ein. Dutzende Personen mussten mit Verletzungen ins Spital gebracht werden, unter ihnen viele Kinder. Einzelne haben Platzwunden, Gehirnerschütterungen und Knochenbrüche nach Stürzen erlitten. Hagelmassen und umgestürzte Bäume beschädigten Fahrzeuge und Gebäude. Am Flughafen kam es zu Verzögerungen, in vielen Teilen der Schweiz waren Plätze gesperrt. Die Gesamtschäden waren am Freitag noch nicht zu beziffern.

Zürich und Region, Seite 13

WOCHENENDE

Die KI entscheidet den Krieg

Auf dem Schlachtfeld werden autonome Waffen getestet und perfektioniert. Während die Industrie auf Konflikte ohne Menschen setzt, fragen Juristen und Diplomaten, wer am Ende das Kommando hat.

Seite 42–47

Herr Prawda, die Schweiz stimmt Ende September über die Neutralitätsinitiative der SVP ab. Können Sie dieser etwas abgewinnen?

Mir wird in diversen Gesprächen stets erklärt, wie einzigartig und unübertroffen die Neutralität ist. Da verweise ich jeweils auf die Niederlande oder auf Belgien während des Zweiten Weltkriegs. Beide Länder wurden angegriffen, obschon Adolf Hitler zuvor versprach, ihre Neutralität zu akzeptieren. Und auch die Ukraine ist seit 35 Jahren bündnisfrei und damit faktisch neutral.

Sie finden also, dass die Neutralität angesichts der heutigen Machtpolitik nutzlos ist?

Die Neutralität hat einen Sinn, wenn die andere Seite sie auch achtet. Aber viele Gewissheiten sind heute nicht mehr gültig. In Europa haben wir davon geträumt, dass es nicht mehr darauf ankommt, wie viele Panzer man hat. Der Krieg in der Ukraine lehrt uns, dass die Welt nicht so ist, wie wir sie uns ausmalen. Wir müssen Stärke zeigen, sonst werden wir mit der Stärke und der Rücksichtslosigkeit anderer konfrontiert. Die Schweiz will unabhängig, aber nicht gleichgültig sein. Deshalb gibt es auch eine Debatte darüber, ob die Neutralität heute nicht ein Sicherheitsrisiko ist. Ein neutrales Land muss darauf seine eigenen Antworten finden. Andere europäische Staaten haben gelernt, den neutralen Schweizer Status zu schätzen und davon zu profitieren. Deshalb wird ihr niemand aufschwätzen wollen, von heute auf morgen die Neutralität aufzugeben.

Die Schweiz, ein Kleinstaat, wurde vom Ersten und Zweiten Weltkrieg verschont. SVP-Vertreter wie Altbundesrat Christoph Blocher argumentieren deswegen stets mit der Neutralität als Schutzschild. Können Sie das nicht nachvollziehen? Natürlich, es ist eine Strategie der Risikovermeidung. Doch das ist nicht immer hilfreich, wenn man Stabilität bewahren will. Manchmal ist der Beitrag zur Stabilität eben gerade, dass man ein Risiko eingeht. Die Welt von heute folgt einer eigenen Logik. Und aus meiner Sicht ist es das Beste für Stabilität, wenn man als Land seine Werte verteidigt: Demokratie, die liberale Staatsführung. In der Schweiz habe ich jedoch gelernt, dass die Verteidigung der Werte auch einen militärischen Aspekt hat. Ich lerne das mit Demut – aber es übersteigt mein Vorstellungsvermögen.

Vielleicht, weil das Wort «Verteidigung» vorkommt und die Schweiz Russland nicht provozieren will. Ob sich Moskau provoziert fühlt, ist für weitere aggressive Schritte unerheblich. Der Kreml will seit über zwanzig Jahren seine alte sowjetische Einflussphäre wiederherstellen. Er greift an, sobald er den Eindruck gewinnt, sein Gegenüber sei schwach. Einen konstruierten Vorwand findet er immer, um einen Angriff zu rechtfertigen. Deshalb müssen wir Russland zeigen, dass wir eine Gemeinschaft sind, die zusammenhält. Ohne diesen Zusammenhalt ist alles nichts. Russland zielt auf die Risse in unserer Gemeinschaft ab. Alle können und sollen deshalb Beiträge zur Verteidigung der liberalen Welt leisten. Entscheidend ist, dass wir für dieselben Grundwerte eintreten.

Die Schweiz plant bis 2032, ein Prozent der Wirtschaftsleistung in die Verteidigung zu investieren. Wie das finanziert werden soll, weiss heute allerdings niemand. Ihr Land gibt dagegen schon fast fünf Prozent für die Verteidigung aus. Die Schweiz fühlt sich wie eine weit entfernte Insel. Angesichts der heutigen Bedrohungen spielt die Distanz zu einem Aggressor aber keine Rolle mehr. Deshalb steht nun auch in der sicherheitspolitischen Strategie der Schweiz, dass Russland die grösste Bedrohung darstellt – und dass die Schweiz damit eben nicht mehr eine sichere Insel ist. Es gibt kein Reduit in der heutigen Welt – nur in den Köpfen gibt es vielleicht noch Reduits.

Sie waren auch Botschafter in Brüssel. Sehen Sie den mentalen Rückzug ins Reduit der Schweizer auch bei Europafragen? Die Schweiz sieht sich als Sonderfall und will deshalb Sonderbedingungen bekommen. Ich war in Brüssel, als sich der Brexit anbahnte. Die Briten verlangten ebenfalls immer mehr von der EU. Es gab eine Menge Treffen der letzten



«Wir müssen Stärke zeigen, sonst werden wir mit der Stärke und der Rücksichtslosigkeit anderer konfrontiert», sagt Marek Prawda.

ALESSANDRO DELLA BELLA / KEYSTONE

«Es gibt kein Reduit in der heutigen Welt»

Marek Prawda ist Polens oberster Diplomat in der Schweiz. Im Gespräch mit Selina Berner stellt er das hiesige Sonderfalldenken und das Misstrauen gegenüber der EU infrage

Chance und Unmengen roter Linien, die die EU zunächst gezogen und dann doch überschritten hat. All dies, um den Briten entgegenzukommen.

Sie sehen Parallelen bei der Schweiz und dem Brexit?

Die Stimmung in Brüssel scheint mir heute ähnlich zu sein bei der Diskussion über die neuen bilateralen Abkommen. In der EU herrscht der Eindruck, dass alle Bedingungen, die sie der Schweiz stellt, als Gipfel der Unfreundlichkeit angesehen werden. Dabei glaube ich, dass es eine grosse Bereitschaft in Brüssel gibt, pragmatische Lösungen zu finden bei Themen, die der Schweiz wichtig sind. Ich werbe in Bern für mehr Geduld und Verständnis für eine Union, die gerade unter massivem Druck steht und auf der internationalen Bühne erst das Gehen lernt. Aber vielleicht noch ein Wort zu den Briten.

Bitte.

Britische Kollegen sagen heute, dass es vielleicht nicht klug war, so viele Forderungen zu stellen, bis die EU nicht mehr anders konnte, als abzubauen. Damit hat sich das Land selbst geschadet, und viele Probleme, etwa mit der Migration, haben sich nur verschärft. Wir Polen haben aber immer noch das Gefühl, dass sich die Briten trotz dem Brexit ganz klar als Europäer sehen. Das zeigt sich deutlich seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Grossbritannien hilft Kiew sehr stark, finanziell, aber auch mit Rüstungsmaterial. Das betrachte ich als ein klares Bekenntnis zur EU.

Sie raten der Schweiz also, den EU-Verträgen zuzustimmen – als Bekenntnis zu Europa?

Es steht mir nicht an, Ratschläge zu geben. Ich würde mir wünschen, dass die Schweiz die historische Chance nutzt, am Wandel der EU teilzunehmen – anstatt sich an einem alten Bild der Union abzuarbeiten. Die Union ist keine orthodoxe Regelfabrik mehr, sondern hat sich zu einer Schicksalsgemeinschaft gewandelt.

Wie meinen Sie das?

Vor 2022 hatte die EU die Tendenz, sich selbst als eine Autobahn ins Paradies zu sehen. Als eine Verheissung. Wenn man sich aber selbst so sieht, hört man ungern Kritik, man ist wenig neugierig auf alternative Lösungen. Aber diese Stimmung ist passé. Sie ist dem Realismus gewichen.

Wo sehen Sie das konkret?

Vor allem in der Sicherheitspolitik, wo heute Projekte möglich sind, die vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen wären. Das EU-Verteidigungsprogramm Safe etwa, in dem zinsgünstige Darlehen von bis zu 150 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Polen wird 62 Projekte realisieren. Die EU ist heute mit existenziellen Fragen konfrontiert. In der Schweiz habe ich aber den Eindruck, dass man sich nach wie vor an der «alten EU» abarbeitet – obschon es diese EU so nicht mehr gibt. Angesichts der Katastrophe in der Ukraine wäre es aus meiner Sicht sinnvoller, dass wir positive Schlüsse für die europäische Einheit aus dieser Lage ziehen. Dass wir alle zusammenarbeiten – egal, ob EU-Mitglied oder nicht –, anstatt auf die Erosion der Staatengemeinschaft zu setzen oder über die Bürokratie und Dekadenz der EU zu schimpfen. Wir sind alle mit unvorhersehbaren Grossmächten konfrontiert. In dieser Welt ist die EU ein verlässlicher Partner.

Warum tut sich die Schweiz oft dennoch schwer, die EU als positives Konstrukt zu sehen?

Es verwundert mich selbst. Ich nehme die Schweizerinnen und Schweizer eigentlich ganz anders wahr im alltäglichen Umgang. In Polen haben wir den Begriff der «Grenzländer». Damit meinen wir Menschen, die an der Grenze zu einem anderen Land leben. Die Grenzländer wissen, wie man sich richtig auf eine Sitzbank setzen sollte. Nämlich so, dass auch Platz für andere Menschen bleibt, egal, ob sie eine andere Sprache sprechen oder eine andere Religion haben. So habe ich die Schweiz kennengelernt. Aufgrund der Kompetenz, sich richtig auf eine Sitzbank zu setzen, habe ich mich in dieses Land sofort verliebt, als ich hier angekommen bin. Diese Eigenschaft könnte die Schweiz als Beitrag in die strategische Kultur des Kontinents einbringen.

Was meinen Sie denn mit «strategischer Kultur»?

Der Begriff stammt aus dem Kalten Krieg. Er beschreibt die Art und Weise, wie Staaten auf Bedrohungen reagieren und welche sicherheitspolitischen Konsequenzen sie aus ihnen ziehen. Aufgrund unterschiedlicher historischer Erfahrungen reagieren Länder meist sehr verschieden auf dieselben Gefahren. Die EU-Institutionen haben zum Ziel,

einen gemeinsamen Nenner unter ihren Mitgliedern zu finden, das heisst eine gemeinsame strategische Kultur. Das ist nicht einfach. Aber angesichts einer existenziellen Bedrohung nötig. Dafür müssen alle Staaten Kompromisse eingehen. Im Gegenzug wird man Teil des kollektiven Kulturwandels. Sehen Sie sich das Beispiel Schweden an. Ich war Botschafter in Stockholm und hätte jede Wette gemacht, dass dieses Land auch in hundert Jahren noch neutral sein würde. Doch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat alles verändert. Jetzt will sich Schweden mit seinen Stärken in der Nato einbringen.

Wie kann die Schweiz zur Sicherheit des Kontinents beitragen, wenn das Land neutral bleiben will?

Die Schweiz könnte Beiträge zu europäischen Rüstungsprogrammen leisten. Oder könnte anderen Ländern zeigen, wie sie die Infrastrukturen nutzt für ihre Verteidigungsbereitschaft. Klar ist, dass es wenig Sinn ergeben würde, wenn die EU einen strategischen Ansatz ohne Grossbritannien, Norwegen oder die Schweiz definiert.

Es gibt hierzulande jedoch schon Bedenken, dass Brüssel Bern nonstop übersteuert, wenn man sich weiter annähert.

Diese Bedenken hatten selbst EU-Mitglieder lange. Deshalb hatte die EU ursprünglich kaum Kompetenzen im Gesundheitsbereich, weil die Mitgliedstaaten nicht wollten, dass sie sich in nationale Zuständigkeiten einmischen. Was ist passiert? Die Corona-Pandemie kam, und plötzlich waren sich alle einig, dass diese Gefahr nicht nur ein Land betrifft, sondern eben alle Staaten. Also sahen alle ein, dass es eine gemeinsame Antwort braucht, gemeinsame Pläne, damit man im erneuten Fall schneller reagieren kann.

Die Schweiz kooperiert allerdings bereits in vielen Bereichen, wo sie einen klaren Nutzen sieht.

Das ist richtig, und sie zahlt seit Jahren für den Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Polen ist der grösste Empfänger der EU-Kohäsionsmittel und erhält bis 2029 über 320 Millionen Franken für Projekte in der Stadtentwicklung sowie Forschung und Innovation. Mit diesem Geld entsteht viel Gutes. Zudem soll die polnisch-schweizerische Agenda in Zukunft noch enger miteinander verknüpft werden. Auch wir haben beispielsweise 32 amerikanische Kampfflugzeuge des Typs F-35 gekauft, drei sind schon in Polen, und sechzehn sollen noch in diesem Jahr ausgeliefert werden. Wenn die Schweiz ihre ersten Kampfflugzeuge hat, könnten wir auch gemeinsam trainieren.

Polen ist ein Nato-Land an der Ostflanke. Wären solche Trainings neutralitätspolitisch nicht heikel?

Wir und die Schweizer Regierung sehen das nicht so. Gemeinsame Trainings, die die Fähigkeiten beider Seiten stärken, bieten einen Mehrwert und sind im Einklang mit der Schweizer Neutralität. Jedes Land respektiert den Status des anderen. Panzerteams aus Polen werden bereits heute in Thun ausgebildet. Und Bern will bald einen Verteidigungsattaché in die Botschaft nach Warschau schicken.

Die Schweiz will von Polen lernen und die wichtigsten Informationen erhalten. Ihr Land fürchtet sich vor einem direkten Angriff Moskaus in den kommenden Jahren.

Unsere Antwort auf jegliche russische Aggression ist klar: Aufrüstung. Es gibt keinen Frieden durch Erzählungen, sondern nur durch effektive Abschreckung. Dafür ist Europa mittelfristig auf die Unterstützung der USA angewiesen. Niemand, der bei Sinnen ist, würde jetzt leichtfertig darauf verzichten. Aber selbst Polen als stark proamerikanisches Land richtet sich auf Europa aus. Wir müssen gemeinsam für die Sicherheit unseres Kontinents sorgen.

Ihr Land ist innenpolitisch zerstritten. Aber beim Thema Sicherheit scheinen sich alle einig zu sein.

Das ist so. Wir haben aus unserer Geschichte gelernt und unsere eigenen Erfahrungen mit Russland gemacht. Es hat uns den Kommunismus aufgezwungen. Diese Staatsform ist zwar aus der Mode gekommen, aber radikale Rechte und



Marek Prawda
Polnischer
Diplomat

«Es gibt keinen Frieden durch Erzählungen, sondern nur durch effektive Abschreckung.»

Diplomat in Brüssel, Stockholm und Berlin

sia. · Marek Prawda wurde 1956 in Südpolen geboren und ist promovierter Soziologe. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion trat er in den diplomatischen Dienst ein. Er vertrat sein Land als Botschafter in Schweden, Deutschland sowie bei der Europäischen Union. Von 2024 bis 2025 war er stellvertretender Aussenminister. Seit diesem Jahr leitet Prawda die polnische Botschaft in Bern.

sogenannte illiberale Demokratie sind es keineswegs. In unserer Region erklären wir dieses Phänomen unter anderem mit der Transformation unseres Landes nach dem Zerfall der Sowjetunion. Aber hier muss ich vielleicht etwas ausholen.

Bitte.

Ich war 33 Jahre alt, als die Mauer zur DDR fiel. Es gab zuvor in vielen kommunistischen Ländern Oppositionsbewegungen, in Polen war sie besonders stark ausgeprägt. Man wollte weg von diesem wirtschaftlich ineffizienten System und den vielen politischen Einschränkungen.

Sie waren damals Teil einer Bürgerbewegung.

Ich war aktives Mitglied der Solidarnosc-Bewegung, der ersten unabhängigen Gewerkschaft im Ostblock. Sie spielte eine Hauptrolle beim Ende des Kommunismus in Polen. Das Land war schon vor dem Mauerfall ein anderes, weil sich dieser Bewegung zehn Millionen Menschen angeschlossen hatten. Die Freiheit war am Entstehen, man konnte es förmlich riechen. Die Menschen hofften auf ein besseres Leben und hatten alle denselben Traum: in einem freien Land zu leben. Aber realistisch war es nicht, dass sich zu unseren Lebzeiten etwas ändert.

Wie gelang es Polen?

Damals fanden die ersten runden Tische statt, bei denen ausgehandelt wurde, dass die Kommunisten die Macht schrittweise abgeben. Nicht weil sie das wollten – sie waren bankrott. Fünf Monate hat man verhandelt, es war eine friedliche Revolution. Früher hätte man Guillotinen benutzt und viel Blut vergossen. Nun ging es um eine friedliche Demontage des Kommunismus.

Das steht im krassen Kontrast zur heutigen Welt, in der es oft vor allem um die Macht des Stärkeren über den Schwächeren geht.

Das stimmt. Und wir hatten grosse Zweifel an dieser friedlichen Transformation. Der damalige Finanzminister sagte: Wir haben zwei Wege vor uns, einen riskanten und einen hoffnungslosen. So war die Wahl dann doch einfach. Polen wollte vom Osten zum Westen werden, die Demokratie erhalten und ein liberales Wirtschaftssystem. Wir wussten: Für so einen Systemwechsel haben wir fünf Minuten Zeit. Also haben wir uns selbst eine Schocktherapie verordnet.

Was war der Schock für die Menschen?

Eine liberale Wirtschaftsreform bedeutet, dass auch Arbeitslosigkeit unvermeidlich ist. Dass man selbst für das eigene Schicksal verantwortlich ist. Das mochten natürlich nicht alle nach einer Zeit einer gewissen Bevormundung. Es ist in dieser Integrationszeit zu grossen Problemen gekommen – echte, aber auch erfundene –, die schliesslich in östlichen Ländern politisch instrumentalisiert wurden.

Sie meinen beispielsweise in Ungarn?

Genau, der ehemalige Präsident Viktor Orbán kam an die Macht, weil sich ein Teil der Bevölkerung vom Westen bevormundet gefühlt hatte. Dazu kam der grosse Anpassungsdruck der Länder selbst, die immer neue Regeln eingeführt haben. Vielen Bürgern ging die Transformation vom Osten zum Westen zu schnell, sie fühlten sich eingeengt, mit einem kleineren Spielraum konfrontiert – obschon sie vorher kommunistisch regiert waren.

Das scheint widersprüchlich.

Nur auf den ersten Blick. Zahlreiche Länder in Europa haben heute diese Probleme. Wenn internationale Institutionen sehr viele Entscheide ihrer Bürger übernehmen – oder wenn die Bürger es zumindest so wahrnehmen –, resigniert die Bevölkerung. Man hört auf, selbst zu entscheiden, zu denken und Verantwortung zu übernehmen. Dann kommen Politiker, die auf alle Regeln pfeifen, und diese Rücksichtslosigkeit findet man dann plötzlich grossartig. Wir müssen uns so organisieren, dass wir das Handeln jedes Einzelnen fördern. Die Mauer 1989 fiel nicht einfach so. Menschen haben sie zu Fall gebracht durch ihr Engagement. Damit haben sie Geschichte geschrieben – und daran sollten wir uns heute mehr denn je erinnern.

Blocher steuert über zwei Millionen bei

Im Abstimmungskampf um die Neutralitätsinitiative verfügt das Ja-Komitee über das höhere Budget als die Gegenseite

RENATO SCHATZ, BERN

In einem Monat stimmen die Schweizer über die Neutralitätsinitiative ab. Diese will erstens eine «immerwährende und bewaffnete» Neutralität in der Verfassung verankern. Zweitens verbietet sie der Schweiz, Sanktionen gegen kriegführende Staaten zu erlassen – ausser, die Vereinten Nationen haben sie beschlossen.

Hinter der Initiative steckt der Alt-Bundesrat und SVP-Übervater Christoph Blocher, der landauf, landab vor einer Ausdehnung des Ukraine-Krieges warnt und die Neutralitätsinitiative als geeignetes Schutzschild dagegen präsentiert. Die Überlegung: Verzichtet die Schweiz auf Sanktionen, sieht uns Russland nicht mehr als Kriegspartei an – und lässt uns in Ruhe.

Blochers Engagement ist aber nicht nur ein rhetorisches, sondern auch ein finanzielles. Das zeigen die Zahlen der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK), die am Freitag die Budgets der Abstimmungskampagnen veröffentlicht hat. Das ist seit einigen Jahren gesetzlich vorgeschrieben.

SP zahlt 370 000 Franken

Die Befürworter der Neutralitätsinitiative verfügen über ein Budget von 3,8 Millionen Franken. Über 2 Millionen hat Blocher selbst beigesteuert. Besonders schmerzen dürfte ihn die Ausgabe nicht; das Vermögen der Familie Blocher wird auf mehrere Milliarden Franken geschätzt. Weitere 1,3 Millionen Franken kommen vom Verein zur Wahrung der Schweizer Neutralität. 130 000 Franken gibt es beispielsweise von der rechten Vereinigung Pro Schweiz, 100 000 von der Emil Frey AG und 50 000 von der SVP – die einzige Partei neben der EDU, die die Vorlage befürwortet.

Die Gegner der Neutralitätsinitiative bestehen aus einer breiten Allianz. Es sind unter anderem der FDP-Nationalrat Heinz Theler und der SP-Co-Präsident Cédric Wermuth, die vor drei Wochen ihr Nein-Komitee vorgestellt haben. Wirklich finanziell beteiligt hat sich bisher aber nur die SP im Abstimmungskampf, namentlich mit knapp 370 000 Franken.

Weitere 100 000 Franken stammen von der Operation Libero, die meist auf den Plan tritt, wenn es gegen die SVP geht. Schliesslich stellt ein überparteiliches Komitee Nein zur Neutralitätsinitiative 1,2 Millionen Franken bereit. Das Komitee hat den Betrag vom Wirtschaftsverband Economisuisse bekommen. Das macht ein Budget von fast 1,7 Millionen Franken. Damit steht dem Nein-Lager weniger als halb so viel Geld zur Verfügung als den Befürwortern.

Ein Nein zeichnet sich ab

Für den Abstimmungskampf zur Neutralitätsinitiative wurde alles in allem bisher eine Summe von 5,51 Millionen Franken offengelegt. Ein vergleichsweise hoher Betrag. Für den Abstimmungskampf zur Ernährungsinitiative, die ebenfalls am 27. September an die Urne kommt, arbeiten die beiden Lager mit Budgets von gesamthaft rund 2,35 Millionen Franken.

Wobei das Ja-Lager Gelder in der Höhe von etwa 720 000 Franken gemeldet hat und die Nein-Kampagne mit 1,63 Millionen Franken entsprechend mehr Mittel zur Verfügung hat. Ob sich die Beträge lohnen, wird sich zeigen. Die erste SRG-Trendumfrage von GfS Bern sagte für die Neutralitätsinitiative ein Nein voraus. Offen ist das Rennen bei der Ernährungsinitiative.

Die Budgets für den 27. September sind aber nichts im Vergleich zu den Geldern, die für den Abstimmungskampf zur 10-Millionen-Schweiz investiert wurden. Die EFK hat am Freitag die definitiven Zahlen veröffentlicht. Die beiden Lager summierten ein Budget von rekordverdächtigen 16,3 Millionen Franken.

Vor allem die Gegenseite, die vor einer «Chaos-Initiative» warnte, nahm mit fast 10 Millionen Franken viel Geld in die Hand. Die SVP, die als einzige Partei für die Initiative war, kämpfte mit 6,5 Millionen Franken – und unterlag. Die Stimmbevölkerung lehnte die Vorlage am 14. Juni mit 54,8 Prozent Nein-Stimmen ab.

PAROLENSPIEGEL

Abstimmung vom 27. September 2026

Ernährungsinitiative

Mit der Ernährungsinitiative soll der Nettoselbstversorgungsgrad der Schweiz auf mindestens 70 Prozent erhöht werden. Dafür sollen mehr pflanzliche Lebensmittel für den direkten menschlichen Verzehr produziert und Umweltbelastungen durch Stickstoff und Phosphor reduziert werden. Auch Böden, Biodiversität und Trinkwasser sollen besser geschützt werden. Die Gegner warnen vor starken staatlichen Eingriffen, höheren Lebensmittelpreisen und grossen Umstellungen in der Landwirtschaft. Weniger Tierhaltung könnte zudem zu mehr Fleisch- und Milchimporten führen. Die Befürworter wollen die Schweiz unabhängiger von Importen machen und die Versorgung in Krisen stärken. Mehr pflanzliche Produktion soll zugleich Böden, Artenvielfalt und Trinkwasser schützen. Die NZZ empfiehlt die Initiative zur Ablehnung.

Parteien:	
Ja	
Nein	FDP, Mitte, GLP, SP
Stimmfreigabe	Grüne
Verbände und Organisationen:	
Ja	Klimasenioreninnen, Swissveg, Tier im Fokus
Nein	Bauernverband, Swissretail, Hoteliersuisse, Fiak, Gewerbeverband, Gastrouisse, Pro Natura
Stimmfreigabe	Greenpeace, Vier Pfoten

Neutralitätsinitiative

Die Neutralitätsinitiative fordert eine striktere Auslegung der Neutralität. In einem neuen Verfassungsartikel soll festgehalten werden, dass die Schweiz keinen Militär- oder Verteidigungsbündnis beitrifft oder mit einem solchen zusammenarbeitet. Ausnahmen sollen nur bei einem kriegerischen Angriff erlaubt sein. Bei einem Ja zur Initiative darf die Schweiz zudem keine Sanktionen gegen kriegführende Staaten ergreifen. Ausgenommen sind Sanktionen der Uno und Massnahmen zur Verhinderung von Umgehungsgeschäften. Aus Sicht der Befürworter hat die Neutralität dem Land dauerhaft den Frieden gesichert und Wohlstand ermöglicht. Die Initiative soll deshalb sicherstellen, dass die Schweiz die Neutralität nicht auf Druck von aussen unterschiedlich auslegt. Laut den Gegnern würde die Initiative den ausserpolitischen Spielraum der Schweiz erheblich einschränken. Die NZZ lehnt die Initiative ab.

Parteien:	
Ja	SVP, EDU
Nein	FDP, Mitte, GLP, SP, Grüne
Verbände und Organisationen:	
Ja	Pro Schweiz
Nein	Economisuisse, NGO Allianz